

Betreff:**Parkverbot in der Straße "In den Äckern" gegenüber dem Vossweg****Organisationseinheit:**Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr**Datum:**

28.11.2016

Adressat der Mitteilung:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (zur Kenntnis)

06.02.2017 Ö

Sachverhalt:Beschluss des Stadtbezirksrates vom 30.06.2015:

Der Stadtbezirksrat fordert die Verwaltung der Stadt Braunschweig auf, auf der westlichen Seite der Straße In den Äckern gegenüber der Einmündung Vossweg ein Parkverbot einzurichten, um das Einfahren in die enge Straße Vossweg zu ermöglichen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung hat die Angelegenheit gemeinsam mit der Polizei überprüft und gegenüber der Einmündung Vossweg auf einer Länge von 20 m ein absolutes Haltverbot angeordnet.

Leuer

Anlage/n:

keine

Betreff:**Parken in der Straße "Am Sportplatz"****Organisationseinheit:**Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr**Datum:**

11.01.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BIBS vom 28.10.2016 wird wie folgt Stellung genommen:

Ein Anlieger der Straße Am Sportplatz hatte der Verwaltung einen Hinweis gegeben, dass parkende Fahrzeuge den Einsatz von Löschfahrzeugen verhindern könnten. Daraufhin führte die Feuerwehr im August 2016 einen Fahrversuch mit einem Drehleiterwagen durch. Es hat sich gezeigt, dass die Fahrbahn mit 4,25 m zu schmal für Feuerwehrfahrzeuge ist, wenn in der Straße geparkt wird.

Gemäß § 12 Straßenverkehrsordnung (StVO) ist das Halten und somit erst recht auch das Parken an engen Straßenstellen verboten.

In der Straße Am Sportplatz ist die notwendige Breite neben am Fahrbahnrand parkenden Fahrzeugen nicht ansatzweise gewährleistet. Da gemäß StVO nicht auf Gehwegen geparkt werden darf, hat sich durch die zusätzlich aufgestellte Beschilderung für die Anwohner und Verkehrsteilnehmer rechtlich nichts geändert. Bei der beidseitigen Anordnung eines Haltverbotes ist die Verwaltung der Empfehlung der Feuerwehr gefolgt, die sich aus einsatztaktischer Sicht für eine Verdeutlichung der StVO-Regelung ausgesprochen hat. Die Verwaltung ist dieser Empfehlung aufgrund des bedeutsamen Aspekts des Brandschutzes gefolgt.

Um den Belangen der Feuerwehr und der Anlieger gleichermaßen gerecht zu werden, wäre der für die Anlieger beitragspflichtige Umbau der Straße zu einem verkehrsberuhigten Bereich (Verkehrszeichen 325) mit einem einheitlichen Straßenniveau erforderlich. Für einen derart umfangreichen Straßenumbau stehen jedoch keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Die bloße Beschilderung zum verkehrsberuhigten Bereich mit einer Parkstandmarkierung, aber ohne eine bauliche Umgestaltung des Straßenraums, widerspräche dem Ziel eines verkehrsberuhigten Bereichs, nämlich der Schaffung einer gestalteten Mischverkehrsfläche mit Aufenthaltsfunktion und gleichberechtigter Nutzung durch alle Verkehrsteilnehmer, und ist deshalb nicht vorgesehen.

Leuer

Anlage/n:

keine

Betreff:**Wertstoffcontainer-Kataster****Organisationseinheit:**Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr**Datum:**

06.02.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.10.2016 wird wie folgt Stellung genommen:

Um die Zugänglichkeit für Rollatoren vom Gehweg bzw. Überhangstreifen zu ermöglichen, müssten Bordabsenkungen vorgenommen werden. Dies ist grundsätzlich möglich. Die Kosten betragen ca. 2.000 € pro Absenkung. Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Es bestünde hierzu die Möglichkeit, dass der Stadtbezirksrat den Umbau aus bezirklichen Mitteln finanziert.

Um zu klären, an welcher Stelle ein rollatorgerechter Zugang zu den Wertstoffcontainern sinnvoll geschaffen werden kann, schlägt die Verwaltung vor, über den rollatorgerechten Zugang in einem Ortstermin gemeinsam mit dem Stadtbezirksrat zu beraten.

Leuer

Anlage/n:

Fotos

Station „Seikenkamp“



Station „Am Feuerteich“



Betreff:**Ausweitung der Beleuchtungsdauer auf der Schapenstraße****Organisationseinheit:**Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr**Datum:**

06.02.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:**Beschluss des Stadtbezirksrates vom 09.11.2016:**

„Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird aufgefordert, die Schapenstraße zwischen Volkmarode und Schapen morgens ab 06:00 h und abends bis 22:00 h mittels der vorhandenen Straßenlaternen zu beleuchten.“

Stellungnahme der Verwaltung zur Anregung gemäß § 94 Abs. 3 NKomVG:

Im Rahmen von Konsolidierungsmaßnahmen zur öffentlichen Beleuchtung wurde im Jahr 2005 die Betriebszeit der Lichtpunkte im freien Bereich der Schapenstraße von 22:00 Uhr auf 20:00 Uhr verkürzt.

Für die jetzt beantragte Verlängerung der Betriebszeit wird der Mehraufwand für zusätzliche jährliche Stromkosten von 150 € aus dem Leistungsentgelt der öffentlichen Beleuchtung beglichen.

Zur Erhöhung der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer werde ich die Einschaltzeit der Beleuchtungsanlage von 20:00 Uhr auf 22:00 Uhr verlängern. Die Maßnahme wird zeitnah umgesetzt.

Leuer

Anlage/n:

keine

Absender:

**Gruppe SPD, Grüne, BIBS im
Stadtbezirksrat 114**

17-03774

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Umsetzung einer Lösung für die Kreuzung Hordorfer
Straße/Schapenstraße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (Entscheidung)

Status

06.02.2017

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird aufgefordert, die Maßnahmen für die Kreuzung Hordorfer Straße/Schapenstraße gemäß Verwaltungsvorlage 17002/14 weiter zu verfolgen und zeitnah umzusetzen. Der damalige, einstimmige Beschluss des Bezirksrats sah die Einrichtung eines Minikreisverkehrs an der Kreuzung vor. Sollte dieser nicht umsetzbar sein, sollte die Entschärfung der Verkehrssituation durch eine Lichtzeichenanlage erfolgen. Der Bezirksrat wünscht auf Grund der hohen Unfallgefahr für dieses Problem eine schnelle Lösung.

Sachverhalt:

Zum wiederholten Mal ist am 16.01.2017 ein Unfall mit Personenschaden an der genannten Kreuzung geschehen. Auch die in der damaligen Vorlage beschlossenen vorläufigen Maßnahmen konnten die Verkehrssituation nur bedingt verbessern. Gerade bei Nutzung der Hordorfer Straße als Ausweichstrecke bei Autobahnstaus ist ein Queren der Schapenstraße nur bedingt möglich und immer mit Gefahren verbunden.

gez.

Stefan Jung,
Vorsitzender der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIBS im Stadtbezirksrat 114

Anlage/n:

Keine

Absender:**Gruppe CDU, FDP im Stadtbezirksrat
114****17-03779****Antrag (öffentlich)****Betreff:****Outdoor-Trimm-Dich-Pfad****Empfänger:**Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister**Datum:**

24.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (Entscheidung)

Status

06.02.2017

Ö**Beschlussvorschlag:****Beschluss:**

Die im Rahmen des Haushaltsschlusses 2016 sind Finanzmittel in Höhe von 8,540,27 € in das Haushaltsjahr 2017 übertragen worden.

Es wird beantragt, die übertragenen Mittel der IGS-Volkmarode zum Bau eines Outdoor-Trimm-Dich-Pfades zur Verfügung zu stellen. Dieser Pfad soll auch durch Vereine und Institutionen des Stadtbezirks genutzt werden können.

Sachverhalt:

Die Haushaltsmittel, die für das Jahr 2016 zur Verfügung standen, sind letztlich nicht in voller Höhe verausgabt worden. Hintergrund ist insbesondere, dass der Bau der Querungshilfe im Bereich der Kreuzung Schapenstraße/Seikenkamp zunächst zurückgestellt wurde.

gez.

Dr. Volker Garbe, CDU-Fraktionsvorsitzender im Stadtbezirksrat 114

gez.

Thomas Ahrens, FDP im Stadtbezirksrat 114

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Gruppe SPD, Grüne, BIBS im
Stadtbezirksrat 114**

17-03775

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Verkehrsführung an der Kreuzung Berliner
Heerstraße/Feuerteich/Ziegelkamp**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (Entscheidung)

06.02.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird aufgefordert, an der Kreuzung Berliner Heerstraße/Feuerteich/Ziegelkamp eine bessere und sicherere Verkehrsführung für abbiegende PKW zu erarbeiten und umzusetzen. Der Bezirksrat wünscht auf Grund der hohen Unfallgefahr für dieses Problem eine schnelle Lösung. Bei der Erarbeitung eines belastbaren Konzepts für diese Kreuzung sollte die Verwaltung auch andere Modelle wie zum Beispiel ein Kreisverkehr in Betracht ziehen.

Sachverhalt:

Zum wiederholten Mal ist am 19.01.2017 ein Unfall an der genannten Kreuzung geschehen. Durch die Änderung der bisherigen Lösung mit einer Verkehrsinsel (Linse) sind inzwischen viele Abbieger an dieser Kreuzung verunsichert und biegen mal vor und mal hinter dem Gegenverkehr ab. Die Schilder mit den Angaben zum Abbiegen werden scheinbar nicht wahrgenommen und die Linienführung ist unübersichtlich.

gez.

Stefan Jung,
Vorsitzender der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIBS im Stadtbezirksrat 114

Anlage/n:

Keine

Betreff:

**Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts zu einem vom
Haushaltsplanverfahren zeitlich unabhängigen Verfahren**

*Organisationseinheit:**Datum:*

24.01.2017

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 222 Timmerlah-Geitelde-Stiddien (Anhörung)	02.02.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (Anhörung)	06.02.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 223 Broitzem (Anhörung)	07.02.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 113 Hondelage (Anhörung)	27.02.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Veltenhof-Rühme (Anhörung)	28.02.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)	01.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 132 Viewegsgarten-Bebelhof (Anhörung)	01.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehndorf-Watenbüttel (Anhörung)	01.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (Anhörung)	07.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Anhörung)	08.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Heidberg-Melverode (Anhörung)	08.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (Anhörung)	09.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rüningen (Anhörung)	09.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Anhörung)	09.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (Anhörung)	09.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel (Anhörung)	14.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)	14.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Anhörung)	14.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	15.03.2017	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	16.03.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	21.03.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	28.03.2017	Ö

Beschluss:

„Der Bürgerhaushalt geht ab Frühjahr 2017 in einem vom Haushaltsplanverfahren zeitlich unabhängigen, unterjährig zur Verfügung stehenden Angebot eines neuen Beteiligungs-Portals auf.“

Sachverhalt:

Die Verwaltung hatte aus Gründen der Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen, den Bürgerhaushalt auszusetzen. Mit Haushaltsbeschluss vom 15. März 2016 hat der Rat beschlossen, das Bürgerhaushaltsverfahren für ein weiteres, drittes Jahr fortzusetzen und dabei **auszuwerten**. Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, ein **Konzept** zu entwickeln, wie der Bürgerhaushalt auf ein vom Haushaltsplanverfahren zeitlich unabhängiges Verfahren umgestellt werden kann.

1. Auswertung des bisherigen Verfahrens

Das seit 2014 eingesetzte Verfahren des Bürgerhaushalts bietet den Einwohnerinnen und Einwohnern eine Möglichkeit, eigene Vorstellungen und Ideen zur Gestaltung Braunschweigs, die im Falle ihrer Realisierung haushaltsrelevant wären, in die politischen Beratungen des Rates und seiner Gremien einzubringen. Das bislang eingesetzte Verfahren des Bürgerhaushalts kann nach demnächst dreimaliger Durchführung inzwischen differenziert bewertet werden.

Positiv hervorzuheben ist insbesondere, dass die Möglichkeit der Teilnahme über eine Internetplattform grundsätzlich eine geringe Hürde für eine Beteiligung am Verfahren darstellt. Dies zeigt auch die allerdings zuletzt (2016) deutlich verringerte Anzahl aktiver Online-Teilnehmer gegenüber den Jahren 2014 und 2015 (s. u.). Über die bisherige Nutzung des Verfahrens hatte die Verwaltung mehrfach berichtet (DS 13790/14 vom 18.07.2014, DS 17451/15 vom 24.02.2015 und DS 14455/15 vom 03.06.2015).

Mit der Bewertung der Vorschläge durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde eine Vorauswahl getroffen, so dass nicht sämtliche Bürgervorschläge ungefiltert einer näheren Prüfung unterzogen werden mussten. Auch dies ist unter den Aspekten der Legitimation und Arbeitsökonomie positiv zu bewerten.

Nachteilig zeigte sich demgegenüber, dass das Bürgerhaushaltsverfahren jeweils in das ohnehin überaus aufwändige und materialreiche Haushaltspfanaufstellungsverfahren integriert werden musste. Dadurch umfasste die aktive Phase des Bürgerhaushalts (Vorschlags- und Bewertungsphase) regelmäßig nur eine relativ kurze Zeitspanne, weil vor den Haushaltsberatungen noch Zeit für die Aufbereitung durch die Verwaltung benötigt wurde. Durch diese zeitliche Begrenzung konnten haushaltsrelevante Bürgerideen in der übrigen Zeit nicht in das politische Verfahren eingespeist werden.

Andererseits beträgt die Zeitspanne zwischen dem Einbringen eines (gesamtstädtischen) Vorschlags und seiner möglichen Umsetzung mindestens etwa 1 Jahr. Eine sehr kurzfristige Verwirklichung eines Zustimmung findenden Vorschlags ist somit ohnehin nicht möglich.

Zudem zeigten sich in der Praxis innere Widersprüche des bisherigen Verfahrens: Bei der Online-Bewertung werden die Teilnehmer ermutigt, über sämtliche Vorschläge abzustimmen, sodass die Bandbreite der Bewertungsskala regelmäßig ausgeschöpft wird. Über den parallel angebotenen Schriftweg werden dagegen regelmäßig nur Einzelvorschläge mit der Maximalpunktzahl bewertet, sodass für Vorschläge, deren Autoren gezielt Unterschriften sammeln, Top 75-Platzierungen zustande kamen, die im Rahmen des differenzierteren elektronischen Verfahrens meist nicht ansatzweise erreicht würden.

Unter diesen Bedingungen hat sich der Bürgerhaushalt wie folgt entwickelt:

Während im Jahr 2014 noch 914 Vorschläge eingegangen sind und diese Zahl 2015 leicht gesteigert werden konnte (917 Vorschläge), wurden 2016 lediglich 462 Bürger-Vorschläge abgegeben (etwa -50% gegenüber den Vorjahren). Dabei ist weiterhin zu berücksichtigen, dass rund ein Viertel dieser Vorschläge bereits im Vorjahr in inhaltlich identischer Form vorgelegen hat.

Die Anzahl der aktiven Teilnehmer ist zwar von 2014 (1.647 Personen) zu 2015 (2.712 Personen) angestiegen, 2016 allerdings deutlich unter den Wert des ersten Jahres zurückgefallen (1.361 Personen). Im Jahr 2016 haben sich insgesamt nur wenig mehr als 0,5% der Einwohnerinnen und Einwohner Braunschweigs am Verfahren des Bürgerhaushalts beteiligt. Dieses zurückgehende Interesse entspricht den Erfahrungen aus anderen Großstädten.

Am Ende des ersten Bürgerhaushaltsverfahrens wurde vom Rat beschlossen, dass die Stadtbezirksräte die Bürger-Budgets auch für andere Zwecke als zur Verwirklichung von Bürgervorschlägen verwenden können. In dem darauf folgenden Verfahren wurde von den im Jahr 2015 gesammelten 215 bezirklichen Vorschlägen im Jahr 2016 lediglich ein einziger angenommen. Im ersten Jahr waren noch 31 von insgesamt 193 gesammelten Vorschlägen durch die Stadtbezirksräte angenommen worden. Im Jahr 2016 sind insgesamt 102 bezirkliche Bürger-Vorschläge eingegangen. Zahlen über politische Beschlüsse zu diesen Vorschlägen stehen abschließend erst Ende 2017 fest.

2. Konzept des künftigen Verfahrens

Grundgedanke einer Neuregelung ist die verfahrensmäßige Entkoppelung des Bürgerhaushalts vom Haushaltsplanaufstellungsverfahren und die inhaltliche Weiterentwicklung zu einer mit dem städtischen Ideen- und Beschwerdemanagement integrierten Ideenbörse. Ziel bleibt es, die haushaltswirksamen Vorschläge, die einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung finden, auch künftig in einem klar definierten Verfahren administrativ und politisch zu bewerten. Hierzu soll ein neues elektronisches Beteiligungs-Portal geschaffen werden, das Bürgerinnen und Bürgern einen integrierten und dadurch leichter nutzbaren Weg eröffnet, Anregungen aller Art zu übermitteln.

Zurzeit betreibt die Stadt daher ein Ausschreibungsverfahren für ein Beteiligungs-Portal nach dem Modell der Stadt Frankfurt am Main (www.ffm.de), mit dem ein gemeinsamer Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu allen Beteiligungsangeboten der Stadt ermöglicht werden soll. Dort werden mehrere Beteiligungskanäle angeboten, u. a.:

- ein Mängelmelder (nicht Gegenstand dieser Betrachtung),
- eine Ideenplattform.

Auf der Ideenplattform können jederzeit Vorschläge aller Art veröffentlicht werden. Innerhalb von 8 Wochen nach der Veröffentlichung können registrierte Teilnehmer ihre Unterstützung des Vorschlages erklären. Ob der Vorschlag weiterverfolgt wird, hängt davon ab, ob mindestens 200 Teilnehmer als Unterstützer gewonnen werden. Das heißt, jeder Vorschlag hat seine eigene Bewertungsphase. Bei Vorschlägen mit der Mindestunterstützung schließt sich eine inhaltliche Prüfung und eine politische Bewertung an.

Eine solche Ideenplattform würde die Ziele der Neuregelung des Braunschweiger Verfahrens erfüllen. Auch wird weiterhin eine gewisse Vorauswahl der Bürger-Vorschläge erreicht. Allein die bisherige vergleichende Gewichtung entfällt, da bei einem unterjährig jederzeit verfügbaren Verfahren eine zeitgleiche Bewertungsphase aller Haushaltsvorschläge von Bürgern nicht möglich ist.

Die Verwaltung schlägt daher vor, das Verfahren in Anlehnung an das Frankfurter Beteiligungsangebot in dem neu einzurichtenden Beteiligungs-Portal zu integrieren und damit ein ganzheitliches Beteiligungsverfahren zu schaffen, das eine ganzjährige Eingabe von Vorschlägen aller Art (mit und ohne Haushaltsrelevanz, gesamtstädtisch oder bezirklich) ermöglicht. In der Leistungsbeschreibung zur Beschaffung eines Beteiligungsportals wird die Implementierung im 1. Halbjahr 2017 angestrebt, so dass auf der bisherigen Bürgerhaushalts-Plattform keine Vorschläge mehr gesammelt würden.

Mit dem Vorschlag wird den Erfahrungen aus den vergangenen drei Jahren Rechnung getragen. Durch die Aufhebung zeitlicher Begrenzungen und die Zusammenführung mit anderen Beteiligungsformen wie dem Ideen- und Beschwerdemanagement wird eine Beteiligung für die Bürgerinnen und Bürger Braunschweigs weiter vereinfacht und vereinheitlicht.

Beim Ideen- und Beschwerdemanagement sind bereits jetzt jederzeit Eingaben möglich. Die Suche nach dem geeignetsten unter mehreren Beteiligungsinstrumenten durch die Teilnehmer könnte entfallen. Durch Vermeidung von inhaltlich identischen Eingaben über verschiedene Beteiligungskanäle könnten etwaige doppelte Bearbeitungsvorgänge innerhalb der Stadtverwaltung vermieden werden.

Das Ideen- und Beschwerdemanagement hat sich als selbstverständliches Serviceangebot etabliert. Haushaltsneutrale Vorschläge würden daher wie bisher ohne Festlegung einer Anzahl von Mindestunterstützern vom Ideen- und Beschwerdemanagement an die fachlich zuständigen Organisationseinheiten zur Überprüfung weitergeleitet und die Bürgerinnen und Bürger über das Ergebnis der Überprüfung informiert.

Vorschläge mit Auswirkungen auf den Haushalt würden nur geprüft, wenn sie nach Frankfurter Muster eine Mindestzahl an Unterstützern gefunden haben. Unter Berücksichtigung der Größenverhältnisse Braunschweigs und der beim Bürgerhaushalt zum Erreichen der Top 75 durchschnittlich in etwa notwendigen Anzahl positiver Bewertungen wird vorgeschlagen, die für die Weiterverfolgung nötige Zahl an Unterstützern für eine Erprobungsphase auf 140 festzusetzen.

Vorschläge, die diese Voraussetzung erfüllen, werden durch die fachlich zuständigen Organisationseinheiten inhaltlich geprüft und einer Bewertung durch den zuständigen Stadtbezirksrat (bei bezirklichen Vorschlägen) oder den zuständigen Fachausschuss zugeführt. Bezirkliche Vorschläge können im Rahmen der Budget-Hoheit der Stadtbezirksräte umgesetzt werden. Auch bei anderen Vorschlägen könnte - nach einem positiven Votum des Fachausschusses - eine Umsetzung sofort erfolgen, wenn die Finanzierung aus vorhandenen Ansätzen möglich ist. Falls notwendige Haushaltsmittel nicht vorhanden sind, ist eine abschließende Entscheidung innerhalb des nächsten Haushaltsplanaufstellungsverfahrens grundsätzlich erforderlich.

Über die Bewertung des jeweiligen Vorschlags durch die Verwaltung/die zuständigen Fachgremien wird im Beteiligungs-Portal informiert.

Auch unabhängig vom Erreichen der geforderten Unterstützung können die öffentlich einsehbaren Vorschläge Rat und Stadtbezirksräten als Anregung dienen und als politische Anträge aufgegriffen werden.

3. Finanzielle Auswirkungen

Die durch den Verzicht auf das bisherige Verfahren mittelfristig wegfallenden Kosten für den Betrieb der Bürgerhaushalts-Plattform incl. der Begleitung (Moderation etc.) durch einen externen Berater in Höhe von rund 20.000.- € und die für die interne Bearbeitung vorgehaltene Stelle werden für den Betrieb der im neuen Beteiligungsportal integrierten Ideenplattform benötigt. Eine den Haushalt entlastende Wirkung tritt nicht ein.

Durch einzuhaltende Kündigungsfristen könnten einmalige Mehraufwendungen im Jahr 2017 entstehen.

Bezogen auf die bisherigen Bürger-Budgets der Stadtbezirksräte (rd. 125.000 €) ist nach den oben dargestellten Entwicklungen zu erwarten, dass diese in den originären Budgets der jeweiligen Stadtbezirksräte aufgehen werden. Insoweit ergibt sich zunächst keine weitere Auswirkung auf den städtischen Haushalt und die bezirklich zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Geiger

Anlage/n:

keine

Betreff:**Bestellung einer Büchereiwartin für die Ortsbücherei Dibbesdorf****Organisationseinheit:**Dezernat IV
0412 Referat Stadtbibliothek**Datum:**

04.01.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (Entscheidung)

Sitzungstermin

06.02.2017

Status

Ö

Beschluss:

Die Bestellung von Loretta Heise zur ehrenamtlichen Büchereiwartin für die Ortsbücherei Dibbesdorf, rückwirkend ab 1. Februar 2017, wird befürwortet.

Sachverhalt:

Die Büchereiwartin Ursel Ude hat nach über 43jähriger Tätigkeit die ehrenamtliche Leitung der Ortsbücherei Dibbesdorf mit Ablauf des 31. Januar 2017 niedergelegt.

Frau Loretta Heise hat sich bereit erklärt, ab 1. Februar 2017 das Ehrenamt der Büchereiwartin zu übernehmen.

Es wird deshalb vorgeschlagen,

Frau Loretta Heise

rückwirkend ab 1. Februar 2017 zur ehrenamtlichen Büchereiwartin der Ortsbücherei Dibbesdorf zu berufen.

Dr. Hesse

Anlage/n:

keine

Absender:**Gruppe SPD, Grüne, BIBS im
Stadtbezirksrat 114****17-03769****Anfrage (öffentlich)****Betreff:****Aufwertung des Spielplatzes am Sportplatz im Seikenkamp****Empfänger:**Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister**Datum:**

24.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (zur Beantwortung) 06.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird gebeten, den Stadtbezirksrat darüber zu informieren, wie eine Aufwertung des Spielplatzes am Sportplatz im Seikenkamp erfolgen könnte. Neben dem Austausch und Neuanschaffung von Geräten wäre auch ein Wunsch, wieder Schatten spendende Bäume oder Sträucher dort zu pflanzen.

Begründung:

Der Spielplatz ist wenig attraktiv, da die drei Wippen nicht mehr besonders schön aussehen (Farbe abgeblättert) und so etwas wie ein Klettergerüst oder eine Rutsche fehlt. Einzig die Schaukel ist noch in gutem Zustand. Auch fehlt Schatten im Sommer, seitdem die Bäume an der Südseite gefällt wurden.

gez.

Stefan Jung,
Vorsitzender der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIBS im Stadtbezirksrat 114

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Gruppe CDU-FDP im Stadtbezirksrat
114**

17-03787**Anfrage (öffentlich)***Betreff:*

Stadtbahnausbau nach Volkmarode-Nord

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

25.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (zur Beantwortung) 06.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Anfrage zur Sitzung des Stadtbezirksrates am 06.02.2017 mit der Bitte um baldmöglichliche Beantwortung, auch als Vorbereitung für die Ratssitzung am 21.02.2017

Sachverhalt

Am Freitag, 13.01.2017 wurden Vertreter der politischen Gremien in der Stadthalle von Vertretern der Stadt Braunschweig und der Verkehrs GmbH über die aktuelle Planung zum Ausbau der Stadtbahn informiert. Darauf beziehen sich die u.g. Informationen.

Am Montag, 16.01.2017 fand eine ähnliche Veranstaltung für alle interessierten Bürger statt. Es wurden dabei zwei Szenarien näher betrachtet, nämlich (a) mit Stadtbahnausbau (Mit-Fall) und (b) Ausbau des ÖPNV-Angebotes in der bestehenden Infrastruktur (Ohne-Fall). Für das Projekt Volkmarode-Nord soll das konkret heißen:

Mit-Fall

- Verlängerung der Stadtbahn bis nach Volkmarode Nord (Linie 3; 15 Min Takt)
 - + Zwischenwendeschleife im Bereich Berliner Str./Querumer Str. (Linie 13; dort 7,5 Min Takt)
- Umstieg in weiterführende Busse in Volkmarode Nord; dort auch Park-Ride Parkplatz

Ohne-Fall

- Ohne Verlängerung der Stadtbahn bis zur jetzigen Endstation mit neuer Wendeschleife
- Linien 3 und 5 >> 7,5 Min Takt
- Umstieg in weiterführende Busse (wohl) ähnlich wie bisher

Es hat sich herausgestellt, dass innerhalb der Volkmaroder Bürgerschaft sehr unterschiedliche Meinungen dazu herrschen. Damit der Bezirksrat sich eine fundierte Meinung bilden und auch Fragen unserer Bürger sachgerecht beantworten kann, wird diese Anfrage gestellt.

Wie ist der aktuelle Stand bzgl. folgender Fragen:

- Wie genau erfolgte die Berechnung der Nutzen-Kosten-Faktoren ?
- Zusammen mit der Trassenverlängerung ist auch eine Sanierung der Berliner Heerstraße vorgesehen. Welche Kosten kommen auf die Anlieger zu, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich hier um eine Landstraße handelt ?

- Welche vertraglichen Regelungen gibt es mit den ggf. betroffenen Anliegern entlang der Berliner Heerstraße, falls von deren Grundstücken ein Teil für die zukünftige Verkehrsführung benötigt wird (bitte evtl. Altfälle ohne solche Regelung berücksichtigen)?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Volker Garbe, CDU-Fraktionsvorsitzender im Stadtbezirksrat 114
Thomas Ahrens, FDP im Stadtbezirksrat 114

Anlage/n:

keine

Absender:

**Gruppe SPD, Grüne, BIBS im
Stadtbezirksrat 114**

17-03771**Anfrage (öffentlich)***Betreff:*

**Anpassung von Tarifzonen für Fahrten von Volkmarode/Schapen
nach Weddel durch ÖPNV**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (zur Beantwortung)

Status

Ö

06.02.2017

Sachverhalt:

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird gebeten, den Stadtbezirksrat darüber zu informieren, wie eine Vergünstigung der Fahrten zwischen Volkmarode/Schapen und Weddel durch z.B. Anpassung der Tarifzonen erreicht und damit eine bessere Anbindung zwischen den Stadtteilen und dem Dorf geschaffen werden kann.

Begründung:

1. Durch die Schließung der Postfiliale sind die Volkmaroder und Schapener Mitbürger nunmehr gezwungen, ihre Pakete in Weddel abzuholen. Teilweise erfolgt das mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Aktuell bedeutet das, dass die Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel für die einfache Fahrt 3,90 € bezahlen müssen. Sollte eine Rückfahrt nicht in 90 Minuten möglich sein, dann verdoppelt sich dieser Betrag.
2. Viele Mitbürger nutzen den Bahnhof Weddel für Fahrten mit der Bahn. Das bedeutet gegenüber Fahrten zum Hauptbahnhof weniger Spritverbrauch und weniger Umweltbelastung.

gez.

Stefan Jung,
Vorsitzender der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIBS im Stadtbezirksrat 114

Anlage/n:

Keine

Absender:**Gruppe SPD, Grüne, BIBS im
Stadtbezirksrat 114****17-03772****Anfrage (öffentlich)****Betreff:****Verkehrsberuhigung an der Hordorfer Straße in Volkmarode****Empfänger:**Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister**Datum:**

24.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (zur Beantwortung) 06.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird gebeten, den Stadtbezirksrat darüber zu informieren, durch welche Maßnahme(n) eine Beruhigung des Verkehrs an der Hordorfer Straße in Volkmarode ermöglicht werden kann, da insbesondere die vorgegebene Geschwindigkeitsbeschränkung von 60 km/h offensichtlich dort nicht eingehalten wird.

Begründung:

Seit dem Bau der Fahrradweges im Verlauf der Hordorfer Straße ist die Lärmbelastung aus Sicht der Anwohner dort gestiegen. Dieses wird zum Teil auf den Ausbau zu einer Art „Rennstrecke“ mit nicht gut sichtbaren, da zugewachsenen Schildern zurückgeführt und zum anderen wird der Rückschnitt von Sträuchern und Bäumen zwischen Straße und Grundstücken als Begründung genannt.

gez.

Stefan Jung,
Vorsitzender der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIBS im Stadtbezirksrat 114

Anlage/n:

Keine

Betreff:**Verkehrsberuhigung an der Hordorfer Straße in Volkmarode****Organisationseinheit:**Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr**Datum:**

06.02.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Gruppe SPD, Grüne, BIBS vom 24.01.2017 wird wie folgt Stellung genommen:

Die Hordorfer Straße befindet sich als freie Strecke [der Landesstraße L 633](#) in der Baulast der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV). Sämtliche baulichen Maßnahmen in Bezug auf eine Verkehrsberuhigung fallen folglich in die Zuständigkeit der Landesbehörde. Mit dem Bau des Geh- und Radweges im Verlauf der Hordorfer Straße erfolgten keine Veränderungen am Fahrbahnquerschnitt und am Straßenverlauf. Obwohl die Hordorfer Straße von der Lage her einen außerörtlichen Charakter aufweist, ist die Geschwindigkeit bereits aus Gründen des Lärmschutzes auf 60 km/h reduziert worden. Sämtliche Verkehrszeichen sind freigeschnitten und gut sichtbar. Die Verwaltung hat die Anfrage an die NLStBV weitergeleitet und wird über die Rückmeldung berichten.

Leuer

Anlage/n:

keine

*Absender:***Gruppe SPD, Grüne, BIBS im
Stadtbezirksrat 114****17-03773**

Anfrage (öffentlich)

*Betreff:***Situation Hortbetreuung an der Grundschule Volkmarode***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

24.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (zur Beantwortung) 06.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird gebeten, den Stadtbezirksrat darüber zu informieren, wie die aktuelle Situation (Anmeldezahlen, Auslastung) bei der Hortbetreuung an der Grundschule Volkmarode durch das DRK ist.

Begründung:

Auf dem ersten Elternabend der Grundschule Volkmarode für die Eltern der Schulanfänger 2017 wurde auch mitgeteilt, dass deutlich zu wenig Hortplätze für die Schulkindbetreuung zur Verfügung stehen, da sich der Bedarf gesteigert hat. Dieses war ein großer Schreck für viele berufstätige Eltern, da auch die Möglichkeit der Betreuung durch eine Tagesmutter schwierig ist, weil auch dort deutlich zu wenig Plätze vorhanden sind.

gez.

Stefan Jung,
Vorsitzender der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIBS im Stadtbezirksrat 114

Anlage/n:

Keine

Betreff:**Situation Hortbetreuung an der Grundschule Volkmarode****Organisationseinheit:**

Dezernat V

51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Datum:

06.02.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Gruppe SPD, Grüne, BIBS im Stadtbezirksrat 114 (17-03773) wird wie folgt Stellung genommen:

In der Grundschule Volkmarode gibt es derzeit ein Angebot der Schulkindbetreuung in Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuz mit insgesamt 80 Betreuungsplätzen, von denen zurzeit 78 Plätze belegt sind.

Laut Trägerauskunft vom 1.02.2017 verlassen zum kommenden Schuljahr 13 Kinder die Betreuungseinrichtung. Dem gegenüber stehen aktuell 43 Anmeldungen für einen Betreuungsplatz zum nächsten Schuljahr.

Das Deutsche Rote Kreuz hat im Rahmen des Planungskonferenz – Verfahrens des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie die Einrichtung einer weiteren Betreuungsgruppe mit 20 Betreuungsplätzen zum 1.08.2017 beantragt.

Ob dieser Antrag umgesetzt werden kann, wird mit einem Ratsbeschluss in der Folge der Planungskonferenz im Frühjahr 2017 festgelegt.

Albinus

Anlage/n:

keine